



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Kreistag

Niederschrift

über die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 21.06.2021 im Konferenzsaal, Biotechnologiepark in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Danny Eichelbaum
Frau Maritta Böttcher
Herr Detlev von der Heide
Frau Kornelia Wehlan
Frau Sabine Albrecht
Herr Jan Bartoszek
Frau Birgit Bessin
Herr Frank Bitterling
Herr Peter Dunkel
Herr Hans-Stefan Edler
Herr Daniel Freiherr von Lützwow
Herr Rolf Freiherr von Lützwow
Herr Uwe Groschwitz
Herr Klaus-Peter Gust
Herr René Haase
Herr Adrian Hepp
Frau Claire-Luise Heydick
Herr Winand Jansen
Frau Gertrud Klatt
Frau Judith Kruppa
Herr Hans Kühlewind
Herr Philipp Maaßen
Herr Olaf Manthey
Herr Bernd Marquardt
Herr Carsten Nehues
Herr Hans-Georg Nerlich
Frau Monika Nestler
Herr Jörg Niendorf
Herr Andreas Noack
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Michael Pfahler
Herr Dr. Rüdiger Prasse
Frau Gertraud Rocher

Vorsitzender des Kreistages
Stellvertretende Kreistagsvorsitzende
Stellvertretender Kreistagsvorsitzender
Landrätin

Herr Roland Scharp
Herr Uwe Schätzel
Frau Jana Schimke
Herr Detlef Schlüpen
Frau Anke Scholz
Herr Andreas Teichert
Herr Felix Thier
Frau Dr. Ricarda Voigt
Frau Nadine Walbrach
Frau Katrin Witt
Herr Jens Wylegalla

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Barthel
Frau Jutta Böttcher
Herr Detlef Helgert
Herr Stefan Jochen Jurisch
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Frau Heike Kühne
Herr Edgar Leisten
Herr Oliver Scharfenberg
Frau Ria von Schrötter
Herr Matthias Stefke
Herr Erik Stohn
Herr Max Theilemann
Herr Robert Trebus

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Kreistages am 26. April 2021
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 5 Mitteilungen der Landrätin
Beschlussvorlagen
- 6 Bestellung zum Prüfer Technik im Rechnungsprüfungsamt 6-4533/21-KT
- 6.1 Anhörung des Personalrates
- 7 Urteil Verwaltungsgericht Potsdam zur Kreisumlage Zossen - Antrag auf Zulassung der Berufung beim Verwaltungsgericht Potsdam 6-4541/21-KT

8	Petition zur Schaffung einer funktionierenden, stabilen Breitbandversorgung für den Ortsteil Diedersdorf der Gemeinde Großbeeren	6-4534/21-KT
9	Weiterführung des Impfzentrums Luckenwalde	6-4543/21-LR
10	Satzung zur Ersten Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder des Kreistages und der Ausschüsse und über die Festsetzung der angemessenen Aufwandsentschädigung für eine Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in rechtlich selbstständigen Unternehmen (Entschädigungssatzung)	6-4372/20-KT/1
11	Personelle Veränderung im Jugendhilfeausschuss	6-4532/21-KT
12	Namensgebung der Förderschule Lernen des Landkreises Teltow-Fläming in Ludwigsfelde	6-4503/21-I
13	Vertretung des Kreistags im Netzwerk "Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming" bei der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises	6-4481/21-III
14	Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Sperenberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf“	6-4521/21-IV/1
15	Vergabe von Bauleistungen - Aluminiumfenster am OSZ Teltow-Fläming, Am Birkengrund 1 in 14974 Ludwigsfelde, "Neubau Turnhalle"	6-4530/21-I
16	Zuschlagserteilung zur Lieferung von mobilen Endgeräten	6-4529/21-I
17	Neuvergabe der Betreibung der Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende und Geflüchtete am Standort Grabenstraße 23, 14943 Luckenwalde Informationsvorlagen	6-4538/21-II
18	Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2020 Anträge	6-4473/21-LR
19	Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Mobilitätskonzept 2030: Berücksichtigung von Mitfahrbänken Anfragen der Abgeordneten	6-4448/21-KT
20	Anfrage zu Tiertransporten	6-4495/21-KT
21	Flugplatz Schönhagen	6-4499/21-KT
22	Schulunterricht während der Schulschließungen und während des Wechselunterrichts	6-4511/21-KT
23	Anfrage zum Archiv	6-4501/21-KT
24	Inobhutnahmen von Minderjährigen	6-4526/21-KT
25	Unbegleitete minderjährige Ausländer im Landkreis Teltow-Fläming	6-4527/21-KT
26	Radfahrerschutzstreifen Höhe Am Sportplatz 3, 14979 Großbeeren	6-4528/21-KT

Nichtöffentlicher Teil

27	Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages am 26. April 2021 Beschlussvorlagen	
28	Abschluss eines Mietvertrages für ein Objekt zum Betrieb einer	6-4537/21-II

Gemeinschaftsunterkunft in Großbeeren

29 Mitteilungen der Landrätin

30 Mitteilungen des Vorsitzenden

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Die Kreistagssitzung wird in den Foyerraum des Konferenzsaales mit Bild- und Ton übertragen. Der Vorsitzende stellt die Übertragung zur Abstimmung.

Die Übertragung von Bild- und Ton in den Foyerraum wird einstimmig bestätigt.

Der Tagesordnungspunkt 10 wurde von der Landrätin zurückgezogen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Kreistages am 26. April 2021

Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift liegen nicht vor.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner hat bereits vor der Sitzung Fragen zu drei Themen eingereicht. Die Fragen wurden bereits schriftlich beantwortet.

Weitere Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

TOP 4

Mitteilungen des Vorsitzenden

Mitteilungen des Vorsitzenden liegen nicht vor.

TOP 5

Mitteilungen der Landrätin

Zu Mitteilungen der Verwaltung übergibt die Landrätin das Wort an Frau Biesterfeld, Beigeordnete.

Frau Biesterfeld informiert, dass die Nachhaltigkeitsrichtlinie in die Fachausschüsse eingereicht wurde. Die abschließende Empfehlung soll im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt im September erstellt werden. Es wird darum gebeten, etwaige Anträge bis zur Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt einzureichen.

Des Weiteren informiert Frau Biesterfeld zur Petition des Wildparks Johannismühle, dass ein Gespräch mit dem Petenten und dessen Anwalt stattgefunden hat. Die Petition wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt noch einmal auf der Tagesordnung stehen.

Herr Ferdinand, Beigeordneter informiert, dass die Verhandlungen zu einem Nutzungskonzept mit dem Investor für das Grundstück Saalower Berg gescheitert sind. Im Einvernehmen mit dem Investor wurde von den Verhandlungen zurückgetreten. Für den Kreisausschuss wird eine neue Beschlussvorlage vorbereitet.

TOP **Beschlussvorlagen**

TOP 6 **Bestellung zum Prüfer Technik im Rechnungsprüfungsamt (6-4533/21-KT)**

TOP 6.1 **Anhörung des Personalrates**

Der Personalrat wird von seinem Recht auf Anhörung keinen Gebrauch machen. Der Vorsitzende stellt die Berufung des Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt:

Gemäß § 131 Absatz 1 in Verbindung mit § 28 Absatz 2 Nr. 7 BbgKVerf bestellt der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming Herrn Sebastian Stuck zum 1. Oktober 2021 zum Prüfer Technik im Rechnungsprüfungsamt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 **Urteil Verwaltungsgericht Potsdam zur Kreisumlage Zossen - Antrag auf Zulassung der Berufung beim Verwaltungsgericht Potsdam (6-4541/21-KT)**

Zur Einführung und Erläuterung der Vorlage übergibt der Vorsitzende das Wort an Frau Landrätin Wehlan.

Frau Landrätin Wehlan führt folgendes zur Vorlage aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
Ihnen liegt die Vorlage für den Antrag auf Zulassung der Berufung vor, für deren Annahme ich werbe.

Es geht um die Ausschöpfung aller Rechtsmittel und Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen des Landkreises. Die Genese dazu ist Ihnen in der Sachverhaltsbeschreibung der Vorlage umfassend dargelegt worden. Lassen Sie mich deshalb auf folgendes besonders eingehen:

Aus der Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG, die sich auch auf die Gewährleistung des Rechts auf eine aufgabenadäquate Finanzausstattung erstreckt, hat der Landkreis seinen Finanzbedarf mit dem der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gleichrangig zu behandeln und abzuwägen. Ausgehend von der dazu getroffenen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2013 folgen bis heute Rechtstreitverfahren in vielen Bundesländern.

Die Auffassung in Brandenburg – gestützt vom Kommunalministerium- war lange Zeit, dass mit dem § 129 der BbKVerf ausreichende Regelungen getroffen worden sind, um den Abwägungserfordernissen gerecht zu werden. Dies unterstützte zunächst ein Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg vom April 2017 zum Landkreis Prignitz. Jedoch wurde durch das Bundesverwaltungsgericht im September 2020 klargestellt, dass die Durchführung des in § 129 BbgKVerf normierten Erörterungs- und Einwendungsverfahrens den verfassungsrechtlichen Ermittlungspflichten der Landkreise nicht genügt.

In der Begründung der Entscheidung des VG Potsdam im Rechtsstreit mit der Stadt Zossen wird aufgeführt, dass die gesetzlichen Normen (§ 130 BbKVerf und § 18 Finanzausgleichsgesetz) in Verbindung mit der Haushaltssatzung eine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für den Landkreis bieten, die Stadt Zossen zu einer Kreisumlage heranzuziehen.

Gleichzeitig wird in der Entscheidung auch auf die Jährlichkeit der Haushaltssatzung und die Neufestsetzung der Kreisumlage für jedes Haushaltsjahr verwiesen.

Bereits zur Zeit meines Amtsvorgängers gab es eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Verwaltung, Abgeordneten, Bürgermeistern – unter Hinzuziehung externen Sachverständigen zum Thema Abbau der Kreisschulden und Höhe der Kreisumlage. Bereits damals stand außer Frage, dass der Landkreis mit der Finanzierung beispielsweise der B 101, der Flaemingskate und zur Entwicklung des Biotechnologieparks große Aufwendungen – gerade für die Kommunen schulterte. Auch wurde schon damals die Höhe der Kreisumlage regelmäßig als Fehlbetragsfinanzierung von der Kommunalaufsicht – dem zuständigen Innenministerium – angemahnt.

Die Arbeit endete mit dem Ergebnis, dass schrittweise die Höhe der Kreisumlage von 45 auf 48 Prozent im Jahr 2013 angehoben werden sollte, um den Haushaltsausgleich in einem absehbaren Zeitraum darstellen zu können. 2012 lag sie bei 47 Prozent. Einer Vorlage zur Anhebung der Kreisumlage von 47 auf 48 Prozent folgte der Kreistag im Jahr 2013 nicht. Der Landkreis war 2013 in einer haushaltslosen Zeit.

2014 fanden intensive Gespräche zwischen der Landrätin und den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor statt. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet zur Personalentwicklung, Kitafinanzierung und zum Haushaltssicherungskonzept. Alle Zahlen des Landkreises wurden offen kommuniziert und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung festgelegt. Gemeinsam haben wir vereinbart, dass zur Sanierung des Kreishaushaltes befristet die Kreisumlage auf 47 Prozent festgelegt werden soll. Dies wurde von allen mitgetragen – auch ohne schriftliche Vereinbarung.

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming hatte zum Abbau der Altfehlbeträge und zur Erreichung der dauernden Leistungsfähigkeit 2014 eine Nachhaltigkeitsatzung erlassen. Sie regelte – ohne Wenn und Aber – die Durchsetzung der im Haushaltssicherungskonzept

beschlossenen Einzelmaßnahmen, das quartalsmäßige Ziel zur Reduzierung des Kassenkredites, keine Neukreditaufnahmen – außer zum Kauf des Kreishauses, das die größte Einzelkonsolidierungsmaßnahme bis heute darstellt.

Das zuständige Innenministerium erteilte den damaligen Bescheid zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes im Wissen um unsere Nachhaltigkeitssatzung. Auch der Bürgermeister der Stadt Trebbin, Thomas Berger hat in seiner Pressemitteilung auf diesen Umstand verwiesen und appelliert, dass sich Landkreis und kreisangehörige Kommunen zusammensetzen mögen.

Aus den erstellten Jahresabschlüsse in Verbindung mit der Mittelfristplanung wurde 2016 bei der Haushaltsaufstellung 2017 deutlich, dass der Landkreis mit dem Haushaltsjahr 2017 nicht mehr in der Haushaltssicherung sein wird. Seit dem Haushaltjahr 2017 wird die Kreisumlage jährlich gesenkt.

Auch wenn die gleichberechtigte Abwägung der Finanzinteressen des Landkreises mit den Finanzinteressen der Gemeinden und Städte vor der jährlichen Aufstellung des Haushalts zu erfolgen hat, bieten, wie in der Begründung der Entscheidung des VG Potsdam aufgeführt wird, die gesetzlichen Normen (§ 130 BbKVerf und § 18 Finanzausgleichsgesetz) in Verbindung mit der Haushaltssatzung eine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für den Landkreis, die Stadt Zossen zu einer Kreisumlage heranzuziehen.

Ich hatte Sie informiert, dass sich die Landrätin und der Kämmerer bereits mit Schreiben vom 21. Oktober 2020 an den Innenminister gewandt haben. Das Innenministerium teilt unsere Auffassung und geht davon aus, dass die Kreisumlage gegenüber der Stadt Zossen neu festzusetzen wäre. Ob das über einen Verordnungsweg, oder einen Erlass möglich ist, dass zur Behebung von Fehlern, die Haushaltssatzung auch nach Ablauf des Haushaltsjahres geändert oder erlassen werden kann, ist aktuell nicht zu beantworten.

Andere Bundesländer haben bereits Regelungen zur Behebung von Fehlern durch Änderung oder Erlass von Haushaltssatzungen nach Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres in ihre Kommunalverfassungen aufgenommen.

Wir haben uns daher erneut an das Innenministerium gewandt, der Landkreistag hat Unterstützung versichert und wir erwarten kurzfristig ein Gesprächsangebot vom Innenministerium.

Zu befürchten ist, dass die Hauptverwaltungsbeamt*innen vor dem Hintergrund des Scheiterns des gerichtlichen Vergleichsvorschlages im Klageverfahren der Stadt Zossen einer vergleichweisen Einigung nicht zugänglich sein werden. Das ist unsere Einschätzung.

In den bisherigen Klageverfahren und unter Berücksichtigung der aktuellen Äußerungen von Hauptverwaltungsbeamt*innen werden die Kreisumlagebescheide in ihrer Gesamtheit angegriffen. Eine Begrenzung auf den „überschießenden“ Teil der Kreisumlage und damit die Verringerung des Streitwerts und die Anerkennung der Verpflichtung zur Zahlung der Kreisumlage ist vermutlich nicht zu erwarten.

Ein aktuelles Indiz dafür ist beispielsweise, dass, trotz positiver Äußerungen durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister*innen und des Amtsdirektors, Herrn Kaluza, sowie des Bürgermeisters der Stadt Ludwigsfelde, Herrn Igel, in der Kreistagssitzung zum Haushaltsbeschluss bereits sechs Kommunen den Umlagebescheiden aus dem Jahr 2021 widersprochen haben.

Weitere Begründungspunkte, die sich aus dem Urteil selbst ergeben, sind in der Vorlage dargelegt.

Lassen Sie mich abschließend auf die Empfehlung des Landkreistages hinweisen. Der Landkreistag ist – gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag – unsere Interessenvertretung. Die Empfehlung, dass der Landkreis Teltow-Fläming angesichts der gerichtlichen Auslegungsspielräume und Rechtsunsicherheiten einen Antrag auf Zulassung der Berufung stellen soll, „... um zu verhindern, dass diese Entscheidung in Rechtskraft erwächst.“, betrifft nicht nur uns, sondern schließt auch den Solidargedanken mit anderen Landkreisen ein, die ähnlich wie wir von Klagen und Rechtsunsicherheiten betroffen sind.

Der Sachverhalt Antragstellung auf Zulassung der Berufung durch den Landkreis Teltow-Fläming wurde in der letzten Vorstandssitzung des Landkreistages behandelt. Die Empfehlung des Landkreistages für einen Antrag auf Zulassung der Berufung wird unterstützt. Es ist darauf hinzuweisen, dass 5 weitere Landkreise in Brandenburg sich gerichtlich zum Thema Kreisumlage auseinandersetzen.“

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion CDU/BV/FDP/VUB, Herr Hepp, fasst den Verlauf der Klage bis zum Beschluss des Vergleiches zusammen und plädiert, wie auch die Fraktion, für die Zustimmung zum Antrag auf Zulassung der Berufung.

Die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, Frau Nestler, gibt zur Vorlage eine persönliche Erklärung ab.

Im Jahr 2014 war ich Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Im Jahr 2014 haben alle Bürgermeister*innen und der Amtsdirektor zusammen mit der Landrätin Frau Wehlan nach Wegen gesucht, wie man die damals schlechte Finanzsituation des Landkreises lösen kann. Immer unter dem Gesichtspunkt, die Finanzkraft der kreisangehörigen Kommunen nicht zu stark zu belasten. Noch 2013 sollte die Kreisumlage auf 48 v. H. angehoben werden. Die Bürgermeister*innen haben damals gefordert, die Zahlen des Landkreises bis ins kleinste Detail offen zu legen und konkrete eigene Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu benennen. Dazu wurden Arbeitsgruppen, in denen alle Kommunen vertreten waren, gebildet. Auch die damalige Bürgermeisterin der Stadt Zossen und die Kämmerin der Stadt Zossen haben an diesen Arbeitsgruppen sehr aktiv mitgewirkt. Im Ergebnis der Beratungen wurde vereinbart, dass die Anhebung der Kreisumlage auf 48 v. H. nicht erfolgt. Die 47 v. H. sollten so lange veranschlagt werden, bis der Landkreis aus der Haushaltssicherung ist. Zwar wurde das nur mündlich vereinbart, aber diese gelten ebenfalls als Vertrag. Es ist erstaunlich, dass einige Bürgermeister*innen bereits im Jahr 2015 nichts mehr davon wissen wollten. Der Bürgermeister Thomas Berger, der damals Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister*innen war, hat in der Presse sinngemäß darauf verwiesen: „Wir sitzen alle in einem Boot und die Kommunen sollten nicht vergessen, dass einem Landkreis eine Kreisumlage zusteht. Des Weiteren werden eine Vielzahl von Aufgaben für Kommunen durch den Landkreis erfüllt.“ Ich unterstütze den Aufruf an die Gemeinden und Städte in einem Dialog mit dem Landkreis zu treten und über Konsequenzen und Lösungen aus dem vorliegenden Gerichtsurteil zu beraten und einen Kompromiss zu finden. Nun wird aber selbst die Kreisumlage 2021 mit Widersprüchen belegt. Das ist für mich nicht nachvollziehbar und vermittelt wenig Glauben an eine gemeinsame konstruktive Lösung. Eine Kreisumlage steht dem Landkreis auf Grundlage der Gesetze zu. Was dazu erforderlich ist, muss nun das Land beantworten. Das Verfahren zur Abwägung ist durch den Gesetzgeber nicht ausreichend geregelt. Ich würde es begrüßen, wenn die Landtagsabgeordneten aus unserem Landkreis für eine klare gesetzliche Regelung zur Abwägung einsetzen.

Die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI wird dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

Herr Schlüpen, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, merkt an, dass der vorliegende Sachverhalt der Vorlage nicht klar und transparent ist. Eine Entscheidung zu treffen, fällt damit schwer. Eine Heiligung ist mit der fehlenden gesetzlichen Grundlage momentan nicht

möglich. Dies gilt es jetzt zu ändern. Um die Zeit für die Heilung zu schaffen, wird die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen, aber mit einer Änderung.
Der Fraktionsvorsitzende erläutert den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion.
Der Beschluss sollte um folgenden Punkt 2 ergänzt werden.

Der Kreistag stellt die Mittel zur Verfügung, um mit dem weiteren juristischen Vorgang in der Sache ab sofort einen externen Fachanwalt zu beauftragen.

Die AfD-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion weist Frau Landrätin Wehlan darauf hin, dass Anwaltszwang für den Antrag auf Berufung nicht besteht, da gem. § 67 Abs. 4 VwGO juristische Personen des öffentlichen Rechts hierfür Beschäftigte einsetzen können, um keine zusätzlichen Kosten zu produzieren. Für einen Fachanwalt kann man von Kosten in Höhe von ca. 60.000 EUR ausgehen.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende stellt die ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung (namentliche Abstimmung).

Der Kreistag beschließt:

Die Landrätin wird beauftragt, den Antrag auf Zulassung der Berufung beim Verwaltungsgericht Potsdam zu stellen.

Der Kreistag stellt die Mittel zur Verfügung, um mit dem weiteren juristischen Vorgang in der Sache ab sofort einen externen Fachanwalt zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis in namentlicher Abstimmung:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	9

TOP 8

Petition zur Schaffung einer funktionierenden, stabilen Breitbandversorgung für den Ortsteil Diedersdorf der Gemeinde Großbeeren (6-4534/21-KT)

Der Kreistag beschließt:

Der Petition zur Schaffung einer funktionierenden, stabilen Brandbandversorgung für den Ortsteil Diedersdorf der Gemeinde Großbeeren wird stattgegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einer Nein-Stimme

TOP 9

Weiterführung des Impfzentrums Luckenwalde (6-4543/21-LR)

In Bezug auf die Anmerkung von Frau Dr. Voigt zur fehlenden Nutzung der Flämingshalle für die Sportvereine erläutert Frau Landrätin Wehlan, dass für die Sportvereine Ausweichmöglichkeiten gefunden wurden. Der Sport- und Wettkampfbetrieb in der Stadt Luckenwalde wird aufrechterhalten.

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis Teltow-Fläming schließt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Land Brandenburg zum Betrieb des Impfzentrums in Luckenwalde zwecks Durchführung von Zweitimpfungen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2. Der Betrieb wird bis spätestens 30. September 2021 und frühestens bis zur Beendigung der durchzuführenden Zweitimpfungen weitergeführt. Die mobilen Impfteams werden nicht weiter durch den Landkreis betrieben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP 10

Satzung zur Ersten Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder des Kreistages und der Ausschüsse und über die Festsetzung der angemessenen Aufwandsentschädigung für eine Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in rechtlich selbstständigen Unternehmen (Entschädigungssatzung) (6-4372/20-KT/1)

TOP 11

Personelle Veränderung im Jugendhilfeausschuss (6-4532/21-KT)

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag wählt Herrn Hans Kühlewind als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss ab.
2. Der Kreistag wählt Herrn Detlef von der Heide für den Rest der Wahlzeit des Kreistages als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 12

Namensgebung der Förderschule Lernen des Landkreises Teltow-Fläming in Ludwigsfelde(6-4503/21-I)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag beschließt die Verleihung des Schulnamens „Mosaik-Schule“ für die Förderschule Lernen des Landkreises Teltow-Fläming, Salvador-Allende-Straße 20 in Ludwigsfelde

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen

TOP 13

Vertretung des Kreistags im Netzwerk "Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming" bei der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises (6-4481/21-III)

Zur Beschlussvorlage liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt vor.

Der Ausschuss empfiehlt, den Beschluss wie folgt zu ändern.

Zur Vertretung des Kreistages im Netzwerk „Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming“ bei der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises entsendet der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt ein mit einfacher Mehrheit gewähltes Mitglied.

Der Vorsitzende stellt die Änderungsempfehlung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Kreistag beschließt:

Zur Vertretung des Kreistags im Netzwerk „Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming“ bei der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises entsendet der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt ein mit einfacher Mehrheit gewähltes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP 14

Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Spereberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ (6-4521/21-IV/1)

Zu der Beschlussvorlage liegt eine Ergänzungsempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft vor.

Der Beschlussvorschlag sollte um folgenden Punkt ergänzt werden:

Dabei sind die fachlichen Belange des Denkmalschutzes in Form eines Denkmalmanagementplans (Conservation-Managementplan), der Belange des Naturschutzes in Form der Aktualisierung der naturschutzfachlichen Zielkonzeption inklusive

FFH-Managementplanungen und die sich daraus ergebenden baulichen Entwicklungs- und wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der Flächen zu integrieren, um die Vereinbarkeit von Denkmal, Natur und Wirtschaft aufzuzeigen und als Grundlage für die weitere Entwicklung der Liegenschaft zu dienen.

Der Vorsitzende stellt die Ergänzungsempfehlung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende stellt die ergänzte Vorlage zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt:

Die Landesregierung des Landes Brandenburg wird unter Einbeziehung der kommunalen Ebene zur Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für die Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Sperenberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ aufgefordert.

Dabei sind die fachlichen Belange des Denkmalschutzes in Form eines Denkmalmanagementplans (Conservation-Managementplan), der Belange des Naturschutzes in Form der Aktualisierung der naturschutzfachlichen Zielkonzeption inklusive FFH-Managementplanungen und die sich daraus ergebenden baulichen Entwicklungs- und wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten der Flächen zu integrieren, um die Vereinbarkeit von Denkmal, Natur und Wirtschaft aufzuzeigen und als Grundlage für die weitere Entwicklung der Liegenschaft zu dienen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP 15

Vergabe von Bauleistungen - Aluminiumfenster am OSZ Teltow-Fläming, Am Birkengrund 1 in 14974 Ludwigsfelde, "Neubau Turnhalle" (6-4530/21-I)

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis Teltow-Fläming beauftragt das Unternehmen Friedrich Metallbau e.K., OT Hohenseefeld, Waltersdorfer Str. 1, 14913 Niederer Fläming mit der Ausführung der Leistung Aluminiumfenster für die Maßnahme: „Neubau Turnhalle“ am OSZ Teltow-Fläming, Am Birkengrund 1 in 14974 Ludwigsfelde.

Der Auftragswert beträgt 238.633,73 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 16

Zuschlagserteilung zur Lieferung von mobilen Endgeräten (6-4529/21-I)

Herr Edler bittet um Erläuterung, ob die vorgeschlagenen Vergaben für Los 1 sowie für Los 2 an das niedrigste Angebot gehen. Sofern das nicht zutrifft, bittet Herr Edler um Mitteilung der Differenz zwischen günstigstem Angebot und Zuschlagserteilung für Los 1 und Los 2. Herr Edler merkt an, dass gemäß § 7 Abs. 1 FrauFöV einem nach § 4 bevorzugten Bieter, der um nicht mehr als 20 von Hundert über dem Preis des wirtschaftlichsten oder annehmbarsten Angebots liegt, anzubieten ist, in den bei der Vergabe für den Zuschlag in Betracht kommenden Preis einzutreten. Des Weiteren fragt Herr Edler, ob es sich um eine funktionale Leistungsbeschreibung handelt.

Herr Ferdinand, Beigeordneter, sichert eine Prüfung zu. Die Anmerkungen werden schriftlich beantwortet.

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis Teltow-Fläming beauftragt, im Rahmen der Förderrichtlinie „DigitalPakt Schule“, folgende Unternehmen mit der Lieferung von mobilen Endgeräten.

Los 1 – 154 Convertible Notebooks für 100.609,74 €
Albacon Systemhaus GmbH
Severinstraße 5
18209 Bad Doberan

Los 2 – 30 Chromebooks Typ 1 für 11.459,70 €
ariston Vertriebs GmbH
Kelchstr. 21-23
12169 Berlin

Los 3 – 6 Chromebooks Typ 2 für 2.806,02 €
DUBRAU GmbH
Freiberger Str. 67
01159 Dresden

Los 4 – 64 iPads inkl. Zubehör für 33.925,00 €
Gesellschaft für digitale Bildung
Friesenweg 5g
22763 Hamburg

Der Gesamtauftragswert beträgt 148.800,46 €.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP 17

Neuvergabe der Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende und Geflüchtete am Standort Grabenstraße 23, 14943 Luckenwalde (6-4538/21-II)

Der Kreistag beschließt:

Die Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende und Geflüchtete am Standort Grabenstraße 23, 14943 Luckenwalde für den Zeitraum 01.08.2021 bis 31.07.2023 mit

einem Gesamtvolumen von 592.313,28 € wird an den Internationalen Bund Berlin-Brandenburg gGmbH, Südring 59, 15236 Frankfurt/Oder vergeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP
Informationsvorlagen

TOP 18
Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2020 (6-4473/21-LR)

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP
Anträge

TOP 19
Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Mobilitätskonzept 2030: Berücksichtigung von Mitfahrbänken (6-4448/21-KT)

Der Kreistag beschließt:

Die Kreisverwaltung wird im Zuge der Evaluierung bzw. Erarbeitung des Mobilitätskonzepts 2030 für den Landkreis Teltow-Fläming die Errichtung sog. Mitfahrbänke sowie die Nutzung vorhandener Sitzgelegenheiten an Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs als Mitfahrbänke berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

TOP
Anfragen der Abgeordneten

TOP 20
Anfrage zu Tiertransporten (6-4495/21-KT)

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

TOP 21
Flugplatz Schönhagen (6-4499/21-KT)

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

TOP 22

**Schulunterricht während der Schulschließungen und während des Wechselunterrichts
(6-4511/21-KT)**

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

TOP 23

Anfrage zum Archiv (6-4501/21-KT)

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

TOP 24

Inobhutnahmen von Minderjährigen (6-4526/21-KT)

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

TOP 25

Unbegleitete minderjährige Ausländer im Landkreis Teltow-Fläming (6-4527/21-KT)

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

TOP 26

Radfahrerschutzstreifen Höhe Am Sportplatz 3, 14979 Großbeeren (6-4528/21-KT)

Nachfragen zur Antwort liegen nicht vor.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, 26. August 2021

Eichelbaum
Vorsitzender des Kreistages

